

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates von Zürich



vom 29. März 2000

2247. 1999/92

Beschlussesantrag von Markus Bischoff (AL) vom 10.3.1999: Miet- und Arbeitsgerichte, Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern

Markus Bischoff (AL) begründet den Beschlussesantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 913/1999).

Dr. Arthur Bernet (SVP) stellt den Ablehnungsantrag.

Niklaus Scherr (AL) beantragt, im Text das Wort "ansässige" durch "niedergelassene" zu ersetzen, womit Markus Bischoff (AL) einverstanden ist.

Der Rat stimmt dem geänderten Beschlussesantrag mit 56 gegen 51 Stimmen zu.

Damit ist b e s c h l o s s e n :

2000/144

Behördeninitiative des Gemeinderates von Zürich betreffend Miet- und Arbeitsgerichte, Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern

Es seien die nötigen kantonalen Bestimmungen abzuändern, dass künftig auch hier niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer als Beisitzer/innen an der Schlichtungsbehörde für Mietsachen sowie an den Miet- und Arbeitsgerichten gewählt werden können.

Begründung:

Von den Entscheidungen der Miet- und Arbeitsgerichte sowie der Schlichtungsbehörde in Mietsachen sind die bei uns wohnenden und arbeitenden Ausländerinnen und Ausländer in besonderem Masse betroffen. Wie Regierungsrat Notter kürzlich mitgeteilt hat, sollen im Rahmen der anstehenden Justizreform auch die Bestimmungen über die Wählbarkeit und den Wahlmodus der gerichtlichen Behörden neu geregelt werden. Anlässlich dieser Reform drängt es sich auf, den Ausländerinnen und Ausländern in den genannten Gremien wenigstens das passive Wahlrecht als nebenamtliche Beisitzer/innen zu gewähren. Damit könnte ein kleiner, aber nicht unwichtiger Beitrag zur besseren Integration in unser einheimisches Rechtssystem geleistet werden.

Mitteilung an den Stadtrat und Einreichung an die Geschäftsleitung des Kantonsrates, 8090 Zürich.